



AŞİTÎ BARIŞ FRIEDEN

BULLETIN DER INTERNATIONALEN INITIATIVE "FREIHEIT FÜR ABDULLAH ÖCALAN – FRIEDEN IN KURDISTAN"

Nr. 9 • August / September

Editorial

Die Türkei steckt in einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise. Die Krise als Dauerzustand. Böse Zungen behaupten sogar, dass diese zum türkischen Lebensgefühl gehöre. Trotz milliardenschwerer Kredite des Internationalen Währungsfonds verstehen es die politischen Verantwortlichen nicht, Abhilfe bei den zentralen Problemen des Landes zu schaffen.

Hintergrund der neuesten Krise in Ankara ist der Bankrott einer Politik, die die Zukunft der Türkei im Rahmen der EU sieht, gleichzeitig aber nicht bereit ist, die hierfür notwendigen politischen und strukturellen Reformen umzusetzen. Der kranke Ministerpräsident Ecevit verkörpert wie kein anderer die Agonie des politischen Establishments des Landes. So ist es auch der "kranke Mann am Bosphorus" der in der erstarkenden kurdischen Demokratiebewegung eine Gefahr für das System sieht. In gewisser Weise hat er damit Recht. Insbesondere die pro-kurdische HADEP setzt sich für umfassende Reformen ein. Würden diese umgesetzt, wären die Tage der oligarchisch anmutenden Machtstrukturen und der Seilschaften der Schattenwirtschaft gezählt.

So sind vorgezogene Neuwahlen für den 3. November 2002 vorgesehen. Es bleibt abzuwarten, ob dies Veränderung in eine Situation bringt, die mehr als festgefahren scheint. Indes lässt das drohende Verbot der HADEP befürchten, dass eine der dynamischsten Reformkräfte von einer möglichen Verschiebung der politischen Konstanten in Ankara ausgeschlossen werden soll. Doch nur der demokratische Ausgleich mit seinen kurdischen Bürgern, wird der Türkei den Weg nach Europa ebnen.

Festzustellen bleibt, dass die Türkei mehr denn je von diesem Ziel entfernt ist. So bleibt der Türkei nicht mehr viel Zeit zu Reformen, da im Dezember in Kopenhagen über einen Termin für den Beginn von Beitrittsverhandlungen beraten werden soll.

Die katastrophale Menschenrechtssituation, das repressive Vorgehen gegen kurdische Studierende, die muttersprachlichen Unterricht einfordern, und weitere Einschränkungen der ohnehin spärlichen bürgerlichen Rechte sprechen eine gegenteilige Sprache. Weitere Komplikationen sind im Oktober vorprogrammiert: In diesem Monat wird das Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im Fall Öcalan erwartet.

Zu diesem und weiteren Themen in dieser Ausgabe: Joost Lagendijk (MEP, Grüne/Freie Europäische Allianz), Lennart Sacredéus (MEP, Europäische Volkspartei), Wolfgang Gehrcke (MdB, PDS), Norman Paech (Völkerrechtler, Hamburg) und die Öcalananwältin Aysel Tuğluk.

Zum Schluss gestatten wir uns auch wieder die Bitte um Spenden, da die Herstellung dieses Bulletins Geld kostet.

Köln, im Juli 2002, die Redaktion

Erstunterzeichnende der Internationalen Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan:

Mairead Maguire (Nobelpreisträger, Nordirland), **Dario Fo** (Regisseur Autor, Schauspieler, Literaturnobelpreisträger, Italien), **Adolfo Perez Esquivel** (Literaturnobelpreisträger, Argentinien), **José Ramos-Horta** (Friedensnobelpreisträger, Ost-Timor), **José Saramago** (Literaturnobelpreisträger, Portugal), **Danielle Mitterrand** (Stiftung France Liberté, Frankreich), **Ramsey Clark** (Rechtsanwalt, ehem. Justizminister, USA), **Uri Avnery** (ehemaliger Knessetabgeordneter, Gush Shalom -Friedensblock- Israel), **Prof. Dr. Noam Chomsky** (Linguist, Publizist, Massachusetts Institute of Technology, USA), **Alain Lipietz** (Mitglied des Europaparlaments), **Pedro Marset Carpos** (Mitglied des Europaparlaments), **Lord Eric Avebury** (House of Lords, Großbritannien), **Harry Cohen** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Cynog Dafis** (Parlamentsabgeordneter, Plaid Cymru -Wallisische Partei-, Großbritannien), **Lord Raymond Hylton** (House of Lords, Großbritannien), **Lord John Nicholas Rea** (Vorsitzender der parlamentarischen Menschenrechtsgruppe, House of Lords, Großbritannien), **Walid Jumblat** (Vorsitzender der Sozialistischen Fortschrittspartei, Libanon), **Rudi Vis** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Paul Flynn** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Máiréad Keane** (Vorsitzender der Abteilung für Internationale Beziehungen, Sinn Féin, Nordirland), **Domenico Gallo** (Jurist, ehem. Senator -CI-, Mitglied der Magistratura Democratica, Italien), **Livio Pepino** (Jurist, Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Xabier Arzalluz** (Präsident der PNV / Nationalistische Baskische Partei), **Tony Benn** (Parlamentsmitglied, Labour-Partei, Großbritannien), **Giovanni Palombarini** (Jurist, ehem. Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Heidi Ambrosch** (Stellv. Vorsitzende der Kommunistischen Partei Österreichs)

Fortsetzung letzte Seite

Inhalt:**Seite 2****Öcalan, das europäische Recht und die kurdische Frage***von Norman Paech***Seite 5****Für die kurdischen Freiheitsrechte***Interview mit Aysel Tugluk, Anwältin von Abdullah Öcalan***Seite 8****Den Dialog mit KADEK aufnehmen***Interview mit Wolfgang Gehrcke, MdB***Seite 10****Türkei und Europaparlament I** *Interview mit Joost Lagendijk, MEP***Seite 11****Türkei und Europaparlament II** *Interview mit Lennart Sacrédeus, MEP***Impressum:****Herausgeber:** Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan"

50445 Köln, Postfach 10 05 11

Druck: Eigendruck,**Auflage:** 2.500**Redaktion:** Klaus D. Bufe, Klaus Becher, K. Happel, Stefan Leibold**V.i. S.d.P.:** Klaus D. Bufe**Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.**

Spenden sind willkommen.

Stadtparkasse Köln, Blz: 37 05 01 98

Kto: 46 79 32 87, Stichwort: Asiti

Öcalan, das europäische Recht und die kurdische Frage

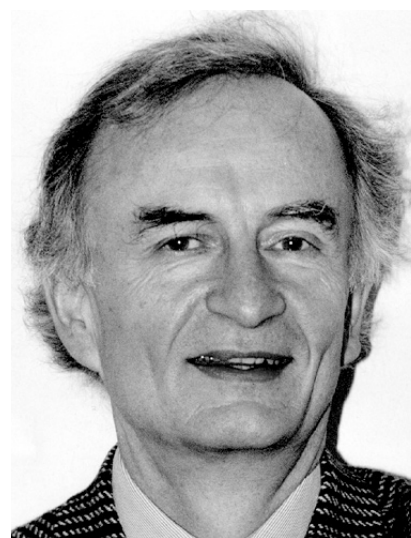
von Norman Paech

In diesem Herbst, gut drei Jahre nach dem Todesurteil des türkischen Staatsgerichtshofes, wird das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte erwartet. Der ehemalige Vorsitzende der nun nicht mehr bestehenden PKK, Abdullah Öcalan, hatte diesen Weg einschlagen müssen - nicht so sehr um seiner Hinrichtung zu entkommen, als vielmehr um die kurdische Frage wieder nach Europa zurückzubringen. Denn dort hatte man sie durch seine Entführung und Auslieferung an die Türkei versucht zu vergessen.

Das Todesurteil auszusprechen war leichter, als die Hinrichtung zu vollstrecken, schließlich ist man nicht in China oder den USA, sondern auf dem Weg nach Europa. Und für die Europäer war es leichter, die Türkei an der Vollstreckung zu hindern als wegen der Lösung der kurdischen Frage unter Druck zu setzen.

Die Vollstreckung hätte die ohnehin hohen Hürden vor der EU für die nahe Zukunft unüberwindbar gemacht. Ob die Türkei mit den gleichen Konsequenzen zu rechnen hätte, wenn sie ihre Kurdenpolitik nicht ändert, ist eher zweifelhaft.

Der Straßburger Menschenrechtsgesichtshof soll also die kurdische Frage wieder auf die europäische Tagesordnung setzen, das ist das Ziel der



Beschwerde Öcalans. Denn es handelt sich nicht um das Schicksal eines einzelnen Mannes sondern eines ganzen Volkes. Und dieses droht hinter den anderen beiden Völkern im Nahen und Mittleren Osten, in Palästina und im Irak, in Vergessenheit zu geraten. Insofern beinhaltet die umfangreiche Beschwerdeschrift Öcalans die allgemeine Summe der kurdischen Frage, handelt von ihrer historischen Entstehung, kulturellen Dimension, politischen Dynamik sowie demokratischen Perspektive und überlässt die juristische Prozessargumentation den Rechtsanwältinnen. Auch der nun in deutsch vorliegende Auszug "Die kurdische Frage und das Recht" widmet sich nicht den juristischen Problemen

des Verfahrens, sondern der allgemeinen Rolle des Rechts als spezifischer Institution der europäischen Kultur und seiner Funktion bei der Lösung der kurdischen Frage.

Die Politisierung des kurdischen Kampfes auf europäischer Ebene war das zentrale Ziel Öcalans, als er am 8. Oktober 1998 gezwungen wurde, Syrien zu verlassen. Deshalb begab er sich nach Rom und nicht in die Berge. In der ausschließlichen Fixierung auf die türkisch-kurdische Auseinandersetzung sah er realistisch-weise keinen Ausweg aus der Sackgasse des Krieges mehr.

Und trotz der schlechten Erfahrungen, die er mit dieser Wahl gemacht hat, bietet sie auf lange Sicht die einzige Perspektive für Selbstbestimmung und Autonomie des kurdischen Volkes. Das ist, bei allen Enttäuschungen und Verrat während seiner kontinentalen Odyssee, auch heute noch sein Credo und der rote Faden seiner Beschwerdeschrift.

Wir erfahren über die Umstände seines Irrflugs zwischen Italien, den Niederlanden, wo ihm sogar die Landung versagt wurde, Moskau, St. Petersburg, Athen und Kenia kaum weitere nennenswerte Details über das hinaus, was ohnehin schon bekannt geworden ist. Auch seine Schlussfolgerung, dass allem ein gemeinsames Komplott zu Grunde lag, an dem fast alle europäischen Regierungen, vor allem aber die USA, Russland und Griechenland, beteiligt waren, entspricht der Einschätzung der meisten damaligen Beobachter. Italien, in dem später ein römisches Gericht sein Recht auf politisches Asyl anerkannt hat, setzte ihn seinerzeit zwar massiv unter Druck, das Land zu verlassen, sieht sich aber nicht den gleichen Vorwürfen ausgesetzt, wie die offensichtlichen Drahtzieher des Komplotts.

Dieses war nach anfänglicher Verwirrung in den NATO-Hauptstädten auf seine Liquidierung gerichtet: er als Kristallisationspunkt und Motor der kurdischen Forderungen musste ausgeschaltet werden.

Es ging nicht so sehr um die Person als um das Symbol des Kampfes, welches sich nicht in der europäischen Gesellschaft einnisten sollte. Offensichtlich bediente man sich dabei auch einer Pistole, die ihm der griechische Botschafter in Kenia zusteckte - nicht etwa zur Selbstverteidigung, sondern in der Hoffnung auf Selbstmord.

Das alles hat keineswegs etwas mit den Standards europäischer Rechtsstaatlichkeit zu tun, die dem Führer der PKK im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention in jedem Land den Status eines politischen Flüchtlings hätte gewähren müssen.

Kurz nur hatte man daran gedacht, ihn vor ein internationales Gericht zu stellen, bevorzugte dann aber seine Auslieferung an die Türkei - denn nichts anderes war die verabredete Asylverweigerung. Zum einen glaubte man, damit die gefürchtete Solidarisierung der europäischen Kurden zu vermeiden.

Zum anderen umging man die Peinlichkeit eines Tribunals, auf dem mit Sicherheit die Kriegsführung und die Menschenrechtsverletzungen des türkischen Militärs und seine Unterstützung durch die NATO-Verbündeten ausgiebig zur Sprache gekommen wäre. Und schließlich kannte man die türkische Justiz zu gut als, dass man sich Illusionen über den Ausgang eines Gerichtsverfahrens machen konnte.

Man überantwortete ihn dem Verfahren eines Staatsgerichtshofes, welches bereits in zahlreichen anderen Fällen vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof als unvereinbar mit den euro-

päischen Standards verurteilt worden war.

Widersprach die Entführung eindeutig europäischem Recht und haben auch die Kritik und Mahnung der Kommission des Europarats zu keiner Veränderung der Isolationshaft auf Imrali geführt, so steht es mit der Todesstrafe anders. Ihr Verbot ist nicht in den Kodex der Europäischen Menschenrechtscharta aufgenommen worden und die Türkei hat auch nicht das Zusatzprotokoll ratifiziert, in dem sich die übrigen Staaten des Europarats auf das Verbot geeinigt haben.

Was politisch nicht mehr dem Niveau europäischer Rechtsstaatlichkeit entsprechen sollte, ist in diesem Fall juristisch noch möglich - die Todesstrafe fällt nicht unter den Katalog der Menschenrechtsverletzungen!

Wenn dennoch das Urteil des Staatsgerichtshofes keinen Bestand haben darf, so ist das allein mit den Abnormitäten der Entführung und des anschließenden Gerichtsverfahrens zu begründen.

Doch ist es einer Persönlichkeit wie Öcalan abzunehmen, dass die Revision des Urteils weder seine Hauptsorge noch sein zentrales Ziel dieser Beschwerde ist. Es ist sein Weg der Rückkehr nach Europa, obwohl dieses ihn nicht haben will. Es ist das letzte ihm verbleibende Mittel seines Kampfes für das kurdische Volk, nachdem er einsehen musste, dass der militärische Kampf zu keiner Lösung führt und die politischen Angebote in den strategischen Interessen des NATO-Clans stecken bleiben.

Aber was ermutigt ihn, in ein Gericht die Hoffnung auf die Lösung einer Frage zu setzen, die von der Politik blockiert wird, und das Recht zum Hebel gegen den Widerstand der Politik einzusetzen? Die

Türkei hat zwar keine guten Erfahrungen mit dem Straßburger Gerichtshof gemacht, in fast allen gegen sie von ihren Bürgerinnen und Bürgern angestregten Menschenrechtsverfahren ist sie unterlegen.

Sie hat in den meisten Fällen den geforderten Schadensersatz gezahlt, aber grundlegende Konsequenzen für ihr Justiz-, Polizei- und Militärsystem hat sie daraus bisher nicht gezogen. Insofern können die Erwartungen an das Straßburger Verfahren realistischweise nur bis zu der Befolgung seiner Entscheidung durch die türkische Regierung gehen, kaum darüber hinaus.

Dennoch sind die Überlegungen Öcalans zur Lösung der türkischen Krise, deren kritischster Punkt die kurdische Frage ist, richtig. Der "kranke Mann am Bosphorus" leidet unter vielfältigen Gebrechen, deren offensichtlichste die Wirtschaftskrise mit einer phantastischen Inflation ist. Es wird auch allgemein eingestanden, dass unter ihrer Oberfläche die Deformation der politisch-militärischen Klasse durch Korruption und Verbrechen kaum eine Perspektive auf Besserung bietet. Insbesondere die Weigerung, dem kurdischen Volk einen gleichberechtigten Platz neben dem türkischen einzuräumen, ist zugleich Quelle wie auch mit all seinen Formen der Unterdrückung, Zerstörung, Vertreibung und Unterentwicklung täglicher Ausdruck der türkischen Misere. "Das System der Unterdrückung verbietet sogar die Sprache und erzeugt damit kontinuierlich Sezession und Gewalt", wie Öcalan schreibt (S. 21) - worauf das System mit weiterer Unterdrückung reagiert. Zu welchen Formen wechselseitiger Gewalt und Terrors dieses System der Unterdrückung führen kann, ist nur einige hundert Kilometer weiter südlich in Palästina tägliche Praxis.

Öcalan zieht nicht den Vergleich zwischen der Türkei und Israel, er ist aber auf einer bestimmten Ebene naheliegend. Denn beide Staaten verfügen über die Institutionen moderner Demokratien und bürgerlicher Rechtsstaaten, ohne dass sie dem verbrecherischen Exzess ihrer Regierung und seinem Militär Einhalt gebieten können. Das hängt bei der Türkei zweifellos mehr als bei Israel mit der noch unvollkommenen Struktur des Rechtsstaates zusammen, bei beiden aber vor allem mit der Unterstützung und Rückendeckung mächtiger Verbündeter. Auch ein voll entwickelter Rechtsstaat ist keine Garantie gegen den politischen Verfall seiner Institutionen, aber er ist auf jeden Fall unabdingbare Voraussetzung für die demokratische Kontrolle und friedliche Entwicklung des politischen Systems. Insofern ist auch die kurdische Frage ein Problem der Entfaltung und Durchsetzung des Rechtsstaates, wofür es derzeit bei allen Mängeln kein anderes Vorbild als das Europas gibt. Das ist der Ansatz Öcalans.

Die Türkei hat auf diesem Weg zum Rechtsstaat knapp achtzig Jahre Zeit gehabt, ein Bruchteil der Zeit, die die europäischen Kernstaaten seit der bürgerlichen Aufklärung brauchten, um durch mehrere Revolutionen hindurch ihr heutiges System des Rechtsstaates zu errichten, welches seinen gemeinsamen Ausdruck in der Europäischen Charta für Menschenrechte gefunden hat.

Die EU hat im Gegensatz zur NATO diesen Standard in den Kopenhagener Kriterien zur Vorbedingung einer Aufnahme in ihren Kreis gemacht. Auch sie sieht rechtsstaatliche Reformen als unabdingbar für die Lösung der türkischen Krise an.

Dazu gehören nicht nur die Minimalia des Abschieds von der Folter, dem Ver-

schwindenlassen von Menschen, ihrer Vertreibung und der Zerstörung von Haus und Hof, sondern die Anerkennung der kurdischen Identität und Autonomie, der Sprache, politischer und allgemein zivilgesellschaftlicher Organisationen, über die Öcalan auch die Demokratisierung der kurdischen Gesellschaft erhofft (S. 49 f.).

Der Rechtsstaat ist der Eckpunkt des Selbstbestimmungsrechts eines Volkes, ohne ihn wird sich die Krise nicht lösen lassen und eine Gleichberechtigung der verschiedenen Völker in einem Staatsverband ferne Zukunft bleiben.

Wie weit die Türkei davon noch entfernt ist, deutet Öcalan am Schluss seiner Überlegungen über das europäische Recht und die Kurdenfrage an, wenn er warnt: "Um den Friedens- und Demokratisierungsprozess zu sichern, ist eine angemessene qualitative und quantitative Stärkung der bewaffneten Kräfte der PKK erforderlich. Dies ist notwendig nicht nur wegen der Friedensgegner in der Türkei, sondern auch wegen möglicher Angriffe reaktionärer, auch kurdischer, Kräfte im Mittleren Osten." (S. 49) Sie macht die Verantwortung Europas deutlich, die es mit der NATO nie wahrgenommen hat und die nun umso ernster von der EU und dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof übernommen werden muss.

Norman Paech ist Professor für Öffentliches Recht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg

Die Broschüre "Öcalan, das europäische Recht und die kurdische Frage" ist erhältlich bei

"Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan" oder im Buchhandel unter der ISBN 3-00-009-366-4

Für die kurdischen Freiheitsrechte...

Aysel Tugluk, Anwältin von Abdullah Öcalan, im Gespräch mit Karin Leukefeld

Zur Haftsituation

Frau Tugluk, Sie vertreten den wohl prominentesten Gefangenen in der Türkei, Abdullah Öcalan. Bitte schildern Sie uns die aktuelle Situation Ihres Mandanten.

Unser Mandant ist auf der Gefängnisinsel Imrali (Marmarameer) inhaftiert. Dort ist er der einzige Gefangene. Es gibt keine Kontakte außer zu Wärtern, daher sprechen wir von Isolationshaft. Seine Zelle ist 13 m² groß, zweimal am Tag kann er für eine halbe Stunde Hofgang machen. Dieser Hof ist überdacht, er erhält überhaupt keine frische Luft. Die schlechten Haftbedingungen wirken sich negativ auf seine Gesundheit aus. Wir haben mehrere Anträge auf Verlegung gestellt, oder dass andere Gefangene seines Vertrauens nach Imrali verlegt werden. Bisher wurde jeder dieser Anträge mit sehr oberflächlichen Begründungen abgelehnt. Es wird gesagt, seine Gesundheitsversorgung sei auf Imrali gewährleistet und gegen eine Verlegung anderer Gefangener zu ihm gebe es Sicherheitsbedenken.

Wie kann der Kontakt zur Außenwelt gehalten werden?

Die einzige Verbindung erfolgt über uns Anwälte und über seine Verwandten. Wir können ihn einmal pro Woche für eine Stunde besuchen. Allerdings müssen wir sagen, dass diese Termine oft abgesagt werden. Dann heißt es, "aufgrund von Witterungsbedingungen" sei ein Besuch nicht möglich. Wir denken, das sind politisch bedingte Ausreden, die häufig

bemüht werden, um unseren Kontakt zu dem Mandanten einzuschränken. Manchmal können wir ihn drei, vier Wochen lang nicht sehen. Das erschwert natürlich unsere Arbeit erheblich. Derzeit bereiten wir das Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vor, dafür müssen wir in engem Kontakt mit unserem Mandanten sein.

Werden die Besuche überwacht?

Wir gehen davon aus, dass die Besuche überwacht werden. Es sitzt zwar niemand dabei, aber die Türe ist immer offen. Wir dürfen keine Notizen oder Unterlagen mitnehmen. Das gilt auch für unseren Mandanten. Alles wird uns abgenommen, nur einen Block und einen Stift können wir mitnehmen. Wenn wir gehen, werden unsere Notizen immer kopiert. Manchmal gibt man sie uns nach dem Kopieren zurück, manchmal nur Teile davon, manchmal gar nicht. Auch das gilt für ihn. Und allein die Tatsache, dass unsere Notizen kopiert oder einbehalten werden, ist ja eine Überwachung.

Kann Herr Öcalan denn Briefkontakt mit der Außenwelt halten?

Briefe erhält er nur in Ausnahmefällen. Und Briefe, die er schreibt, werden nicht weiter geleitet. Wir wissen, dass Tausende von Briefen an Herrn Öcalan geschickt wurden. In den letzten drei Monaten hat er aber nur 20 Briefe erhalten. Zeitungen bekommt er mit Verspätung, manchmal sieben, acht Zeitungen auf einmal. Oft auch gar nicht. Das gleiche gilt für Bücher, die wir schicken. Manchmal

bekommt er sie, öfter nicht. Wir erhalten keine Mitteilung, wenn ein Buch oder eine Zeitung angehalten wird. Den gesetzlichen Bestimmungen nach steht ihm ein Radio und auch ein Fernseher zu. Ein Radio hat er inzwischen, ein Fernseher wurde bisher nicht genehmigt. Er hat auch keine Möglichkeit zu telefonieren.

Repression gegen die Anwälte und Anwältinnen

Gegen Sie als Anwälte und Anwältinnen von Herrn Öcalan wurden Strafverfahren eingeleitet. Was wirft man Ihnen vor? Wie ist der Stand der Verfahren?

Ja, das ist richtig. Insbesondere gegen die aktiven Anwälte wurden Verfahren eröffnet. Grundlage ist der §169 des Türkischen Strafgesetzbuches, Unterstützung einer terroristischen bzw. separatistischen Vereinigung. Es geht um Erklärungen unseres Mandanten, die wir an die Öffentlichkeit weitergeleitet haben. Die Verfahren sind noch in der Schwebe. Zwei Verfahren wurden aber bereits abgeschlossen.

Und wie sind die ausgegangen?

Der Kollege Dogan Erbas wurde zu 3 Jahren und 9 Monaten verurteilt, weil er Ansichten von unserem Mandanten in der Öffentlichkeit wiedergegeben hat. Auch ich wurde zu 3 Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt. Warum? Auf einer Podiumsdiskussion über die Frauenfrage habe ich von unserem Mandanten als "Herr Öcalan" gesprochen. Die Beschlüsse sind jetzt in der Berufungsinstanz. In

drei Monaten wird entschieden.

Warum dürfen sie Ihren Mandanten nicht mit "Herr" anreden?

So eine Anrede ist ja eine Sache der Höflichkeit. In der Türkei aber dürfen die Medien unseren Mandanten nur "Baby-mörder", oder "blutiger Terrorist" nennen. Das sind die einschlägigen Bezeichnungen für ihn. Der Richter sagte, wenn man ihn mit "Herr" ansprache, würde man ihn für das, was er getan habe, loben. Ich fragte, ob es dafür eine gesetzliche Grundlage gebe? Und dann hieß es, der § 169 decke das ab.

Soll durch diese Verfahren die öffentliche Stimmung in der Bevölkerung feindselig gehalten werden?

Wir denken schon. Allerdings möchte ich betonen, dass es sich dabei nicht um eine staatliche Linie handelt. Es sind vielmehr einzelne Gruppen, wir nennen sie die "Kräfte der Schattenwirtschaft". Es sind Leute, die früher vom Krieg gut gelebt haben und an einem Entspannungsprozess nicht interessiert sind, weil der ihnen keinen Nutzen bringt. In der Türkei spricht man auch von "Banden". Solche Leute gibt es auch in den Medien, wo besonders verleumderische Artikel gegen uns erscheinen.

Es gibt in der Türkei eine heftige Debatte um die Abschaffung der Todesstrafe. Besonders die ANAP und die MHP, zwei der drei Regierungsparteien, sind zerstritten. Können Sie eine Einschätzung wagen, wie die Mehrheit der türkischen Bevölkerung denkt? Sind die für oder gegen die Todesstrafe? Oder wollen sie vielleicht die Todesstrafe nur noch für Ihren Mandanten?

Die Diskussion um die Todesstrafe muss im Kontext mit der gesamten politischen Entwicklung gesehen werden. Unser Mandant hat in seinem Prozess auf Imrali

eine umfangreiche Erklärung abgegeben. Er sprach über die Lösung der "kurdischen Frage" unter Wahrung der Grenzen der Türkei und sprach von dem Projekt "Demokratische Republik Türkei". Die Diskussionen halten an, der Prozess ist sehr intensiv und zieht sich durch alle Themen und Bereiche. Parallel dazu will die Türkei den Beitritt zur EU erreichen, also muss sich die Türkei in zentralen Fragen anpassen und darauf einlassen. Die Konfrontation spielt sich zwischen den alten und den neuen, demokratisch gesinnten Kreisen ab. Das geht quer durch den Staatsapparat. Die Aufhebung der Todesstrafe ist keine leichte Sache. Wird sie nicht aufgehoben und würde unser Mandant hingerichtet, könnte das zu einem furchtbaren neuen Krieg führen. Wird sie aber aufgehoben, könnte das viele positive Folgen haben.

Unserem Mandanten geht es um die friedliche Lösung der kurdischen Frage. Es geht um die sozialen, die kulturellen und wirtschaftlichen Rechte der Kurden, es geht um eine demokratische Einheit in der Türkei. Sollte es tatsächlich zu einem Krieg kommen, könnten beide Seiten daran zerbrechen. An der Todesstrafe machen sich viele Probleme fest, es betrifft die Zukunft der gesamten Türkei. Deshalb ist es so schwierig.

Trotz Isolationshaft und politischem Druck arbeitet Herr Öcalan sehr intensiv und beteiligt sich an den öffentlichen Debatten. Wie schafft er das?

Mit seinem Engagement, seiner Überzeugung, seiner Arbeit für den Frieden schützt er sich auch vor den schweren Haftbedingungen. Er will seiner Verantwortung gerecht werden, die er trägt, ob er will oder nicht. Die Arbeit stabilisiert ihn physisch, mehr noch aber psychisch. Deshalb will er seine gesundheitliche Situation auch nicht in den Vordergrund stellen. Bevor die kurdischen Freiheitsrechte nicht gewährleistet sind, so sagt

er, kann man nicht von einem Frieden sprechen. Es geht um eine gesetzliche Absicherung, die praktische Umsetzung wird danach folgen. Die Entwicklung ist noch nicht entschieden, also hat unser Mandant auch die Hoffnung, dass die Dinge sich zum Guten hin wenden.

Das Antifolterkomitee des Europarates hat sich von der Haftsituation Herrn Öcalans ein eigenes Bild gemacht. Hat sich dadurch etwas an der Haftsituation Ihres Mandanten geändert?

Nach dem Besuch im September 2001 wurde ein Bericht verfasst, der im März diesen Jahres veröffentlicht wurde. Es wurden einige Veränderungen eingefordert. Man solle die Haft erleichtern, hieß es, denn die Isolationshaft erschwere die Bedingungen sehr. Man hat vorgeschlagen, dass der Mandant die Möglichkeiten bekomme, mit seinen Anwälten zu telefonieren. Um die soziale Situation zu mildern, sollten andere Gefangene dorthin verlegt werden, hieß es. Fernsehen sollte zugelassen werden, damit er sich mehr nach außen hin orientieren kann. Eine offizielle Stellungnahme seitens der türkischen Behörden dazu gibt es bisher nicht. Die Türkei ist daran gebunden, sie hat ja die entsprechenden Abkommen unterzeichnet, doch die Bedingungen haben sich nicht geändert. Wir haben aufgrund des Berichts Anträge gestellt, die aber alle mit sehr fadenscheinigen Gründen abgelehnt wurden. Die Hauptbegründung ist immer wieder, dass es Sicherheitsbedenken gebe. Das einzige, was in Aussicht gestellt wurde ist, dass er zukünftig eventuell einen Fernseher erhält.

Europa und Neuwahlen in der Türkei

Die Verhandlungen zwischen Europa und der Türkei sind ins Stocken geraten. Würde der Beginn von Beitrittsverhandlungen

mit der Türkei sich positiv auf den Fall ihres Mandanten auswirken?

Seit etwa drei Jahren gibt es eine intensive Diskussion innerhalb der politischen, wirtschaftlichen, militärischen Eliten darüber, wie demokratische Veränderungen durchgeführt werden können. Will man ernsthaft eine demokratische Veränderung, kommt man nicht darum herum, eine der zentralen politischen Fragen zu lösen: die Kurdenfrage. Das ist auch nicht leicht zu machen. Man muss bereit sein, sich auf etwas Neues einzulassen. In der Regierungskoalition zeigte sich der Stillstand am deutlichsten. Einerseits war man für den Beitritt in die EU, andererseits war man nicht bereit, praktische Veränderungen zuzulassen. Das Recht auf die eigene Sprache wurde bisher nicht gewährt. Das sind nur Mindeststandards und schon daran scheiden sich die Geister und es geht nicht voran. Das ist ein Dilemma und hat dazu geführt, dass sich in den letzten zwei Jahren die Beziehungen zu Europa verschlechtert haben. Weder der Staat noch die Kurden sehen Abdullah Öcalan als reines Individuum. Er ist zu einem Symbol geworden. Wenn die Lösung der kurdischen Frage als realer, demokratischer Prozess eingeleitet würde, könnten die heutigen Haftbedingungen nicht aufrecht erhalten bleiben. Und umgekehrt gilt, eine Änderung im Fall Öcalan wird sich nur dann abzeichnen, wenn ein wirklicher Demokratieprozess beginnt.

Welche Konstellation würden Sie sich bei Neuwahlen für den "Fall Öcalan" wünschen?

Mein persönlicher Wunsch ist, dass die HADEP gut abschneidet. Es gibt in der Türkei einen wirklichen Bedarf an linken, freiheitlichen Positionen. Diejenigen aber, die bei uns als Linke bezeichnet werden, sind für die aktuellen Entwicklungen eigentlich nicht bereit. Die

national-chauvinistischen Kräfte und Parteien behindern einen demokratischen Prozess, so gut sie können. Und in manchen Punkten trifft sich die Linke sogar mit diesen reaktionären Kräften. Sie gleichen sich sehr in ihrem dogmatischen Denken.

Auch die liberalen Kräfte und Parteien, z.B. die ANAP, wollen Staat und Politik in Richtung Demokratie verändern. Natürlich ohne ihre Interessen dabei zu vernachlässigen. Dieses Lager findet sich eher ungewollt auf der linken Seite wieder. Sollten sie für ein Bündnis bereit sein, könnte sich sehr schnell ein Weg für demokratische Veränderungen öffnen. Ich wünsche mir natürlich, dass ein fortschrittliches Bündnis in die Nationalversammlung einzieht und die reaktionären Kräfte zurückgedrängt und politisch entmachtet werden.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Im Oktober wird der Fall von Abdullah Öcalan vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg verhandelt. Was erwarten Sie von diesem Termin? Gibt es Signale, die eine Einschätzung vorab zulassen?

Der Termin im Oktober ist ziemlich sicher. Ob es aber zu einem Urteil kommen wird, ist noch unklar. Unserer Einschätzung nach wird es ein Urteil geben, das auf grundsätzliche Punkte in unserer Einlassung kaum eingehen wird. Unser Mandant hat eine persönliche Erklärung abgegeben, wir haben unsere Anträge juristisch begründet und in allem spielt dieses "Komplott", im Rahmen dessen unser Mandant in die Türkei verbracht wurde, eine zentrale Rolle. Wir gehen davon aus, dass es eine grundsätzliche Erklärung gegen die Todesstrafe geben wird. Die Bereitschaft, das Komplott aufzuklä-

ren, wird dagegen gering sein.

Unser Mandant ist der Ansicht, dass natürlich Rechtsverletzungen begangen wurden. Es ist unbestritten, dass die Form, wie er in die Türkei verbracht wurde, internationalem Recht widerspricht. Klar ist auch, welche Geheimdienste verwickelt waren. Für unseren Mandanten ist das sehr zentral. Die verschiedenen Seiten sind bekannt, die griechische Regierung, Amerikaner, Russen, Israelis, Italien, auch Deutschland haben da hinein gewirkt.

Vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte können aber nur individuelle Rechte eingeklagt werden...

Das ist uns und dem Mandanten bekannt. Doch das Persönliche spiegelt sich auch im Gesellschaftlichen wieder. Insbesondere, wenn diese Person eine Funktion in einem Konflikt übernimmt ist das Persönliche nicht leicht zu trennen von den gesellschaftspolitischen Fragen. Vom juristischen Standpunkt her lässt sich die kurdische Frage in dem Verfahren sehr wohl thematisieren. Schließlich ist unser Mandant auch Kurde.

Anmerkung

Abdullah Öcalan und seine Anwälte werden u.a. folgende Punkte vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vorbringen:

- Die Todesstrafe widerspricht der Europäischen Menschenrechtskonvention
- Die Persönlichkeitsrechte wurden im Rahmen des Komplotts verletzt
- Die Verschleppung war illegal, demzufolge ist alles weitere auch illegal
- Das Recht auf einen fairen Prozess in der Türkei wurde nicht eingehalten
- Die Vorverurteilung hat die Verteidigerrechte eingeschränkt
- Militär Richter waren illegal
- Psychologische Folter, Psychoterror, Isolationshaftbedingungen, menschenunwürdige Behandlung

Mit KADEK den Dialog aufnehmen

Deutschland muss sich positiv in einen Vermittlungsprozess einschalten

Wolfgang Gehrcke (PDS) im Gespräch mit Klaus Happel

Zu den Staaten, die in den kommenden Jahren in die EU aufgenommen werden wollen, gehört auch die Türkei. Wie beurteilen Sie den gegenwärtigen Stand des Beitrittsprozesses, insbesondere im Hinblick auf die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien.

Aus meiner Sicht ist die Türkei heute weiter von einer Aufnahme in die Europäische Union entfernt als sie es noch vor zwei Jahren gewesen ist.

Die Kopenhagener Kriterien sind nicht erfüllt. Im Gegenteil. Neue Menschenrechtsverletzungen, Parteienverbote, militärisches Engagement der Türkei machen derzeit vernünftige Aufnahmeverhandlungen fast unmöglich. Ohne eine Veränderung in der Politik der Türkei ist der Weg in die Europäische Union blockiert und das ist zum Nachteil der Türkei.

Die PKK hat vor kurzem auf ihrem 8. Kongress ihre Auflösung und die Gründung des KADEK entschieden. In den Beschlüssen wurde das langjährige Bemühen um eine friedliche und demokratische Lösung betont. Welche Position nehmen Sie, Ihre Partei dazu ein?

Ich halte die Veränderungen in der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK), ihre Selbstauflösung, die Gründung einer neuen Organisation, des Freiheits- und Demokratiekongresses Kurdistans (KADEK), den Verzicht auf Gewalt und militärische Mittel für einen wichtigen einseitigen Schritt zu einer friedlichen Lösung des kurdischen Problems. Dieser Schritt muss

unbedingt von der europäischen Union und von den Mitgliedsstaaten der EU positiv aufgegriffen werden.

Ohne Verhandlungen mit den vom kurdischen Teil der Bevölkerung legitimierten Organisationen wird das kurdische Problem nicht lösbar sein. Und wenn man verhandeln will, dann wird man am KADEK nicht vorbeikommen.

Deshalb ist die einseitige Vorleistung der kurdischen Seite durch ernsthafte Gespräche und die Bereitschaft zu einem Dialog zu beantworten. Ich habe also eine positive Beurteilung der Entscheidung der früheren PKK.

Es hat in Deutschland früher sehr starke Solidaritätsbewegungen mit Befreiungs- und Emanzipationsbestrebungen wie in Vietnam, Chile, Südafrika gegeben. Eine vergleichbare Beachtung konnte die kurdische Bewegung im Mittleren Osten nie erlangen. Wie kommt das und wie lässt sich das überwinden?

Es hat in Europa und aus verschiedenen europäischen Ländern immer Solidaritätsbewegungen mit den legitimen Rechten der Kurdinnen und Kurden gegeben.

Sie waren allerdings in der Tat schwächer als die Bewegungen der Solidarität mit Vietnam, Chile oder Südafrika. Alle drei genannten Länder standen symbolisch für den Freiheitskampf fortschrittlicher Kräfte in aller Welt.

Einen solchen Platz müssen auch die Bemühungen von Kurdinnen und Kurden erreichen.

Es ist nicht zu akzeptieren, dass in einem



Wolfgang Gehrcke

Land wie der Türkei, das zu Europa gehört und gehören will, Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. Wenn hier also die deutsche Regierung immer wieder betont, dass sie insbesondere sich um Europa bekümmern will, dann kann die deutsche Regierung die kurdische Frage nicht ausklammern und kann die deutsche Bevölkerung gegenüber dem Schicksal von Kurdinnen und Kurden nicht gleichgültig bleiben.

Zusätzlich ist natürlich in Deutschland immer zu beachten, dass viele Kurden auch in unserem Land als deutsche Staatsbürger leben, es gäbe also viele Motive für Demokraten sich stärker für die Belange der Kurden zu engagieren.

Seit dem 2. Mai steht die PKK auch auf der Terror-Liste der EU. In Anbetracht des nun

schon fast drei Jahre dauernden Waffenstillstandes und der Friedensbemühungen der Kurden sowie anhaltender innerer Demokratisierungsbemühungen der ehemaligen PKK - wie schätzen Sie diese Maßnahme ein? Was halten Sie für die Gründe?

Ich halte den Beschluss der Europäischen Union, die PKK auf die Terrorliste zu setzen für einen schweren Fehler und habe dagegen auch bei der Bundesregierung protestiert.

Die Europäische Union wäre gut beraten gewesen, die Entscheidungen der PKK, die ich genannt habe, Verzicht auf Gewalt, Verzicht auf den militärischen Kampf, Akzeptanz der territorialen Integrität der Türkei und anderer Staaten in denen Kurden, leben, positiv aufzugreifen und nicht gleich die PKK auf die Terrorliste zu setzen, sondern die PKK als Gesprächspartner anzuerkennen.

Dies hat die PKK leichter gemacht, indem sie ihre Organisation aufgelöst und eine neue Organisation gegründet hat.

Mit dieser neuen Organisation muss unbedingt gesprochen werden; das fordere ich auch von der deutschen Bundesregierung.

Deutschland muss sich, wenn die Aussagen des Außenministers, was die Bedeutung der Menschenrechte angeht, sich nicht als reine Propaganda entlarven sollen, positiv in einen Vermittlungsprozess, der die Rechte der Kurdinnen und Kurden durchsetzen will, einschalten.

Das ist zumindest die Haltung meiner Partei dazu.

Wir haben ja nun den Fall, dass die Türkei nun nach der Gründung des KADEK fordert, dass auch der KADEK auf die Liste kommt, mit der Begründung, das seien ja weitgehend die selben Personen und die selbe Politik.

Solche Forderungen der Türkei sind natürlich rundweg abzulehnen.

Dann ist ja auch zu berücksichtigen, dass die Türkei im Verlaufe ihres Beitrittsversuches zur EU sowohl auf Befürworter wie auf Gegner trifft, die auch ein gewisses Spiel mit den Kurden bzw. der kurdischen Bewegung treiben.

So kann man es einerseits als ein Zugeständnis an die Türkei werten, wenn die PKK auf die Terrorliste gesetzt wird, andererseits wurde von der Türkei wohl eine Gegenleistung erwartet...

Es läuft in Europa natürlich so etwas ab wie ein "big game". Man will von der Türkei Zusagen haben, dass sie bereit ist, die Kooperation NATO - EU positiv zu bewerten, die Türkei ist ja Mitglied der NATO aber nicht der Europäischen Union.

Daran hängen solche Fragen wie, ob es innerhalb der Europäischen Union zu einer Militärformation kommt, was ich ablehne. Man versucht dieses "big game" im Verhältnis Türkei Griechenland, was die Zypernfrage angeht.

Zypern ist ja einer der nächsten Beitrittskandidaten für die Europäische Union, und ich betone ganz Zypern und nicht nur der griechisch-zypriotische Teil, was ja auch Rechtsfolgen hat.

In all das wird als Verhandlungsmasse die kurdische Frage hineingemischt, und, was mich angeht, ich mache die Kurdinnen und Kurden und deren Schicksal und deren Leben nicht zur Verhandlungsmasse, sondern mir geht es darum, dass in der Türkei demokratische Rechte hergestellt werden und die kulturellen, politischen und sozialen Rechte der Kurden respektiert werden, angefangen bei der Sprache bis zur Freiheit von Organisationen und auch politischer Tätigkeit.

Das ist ja Bestandteil der Kopenhagener Kriterien. Zugespielt gesagt, ich möchte gerne das, was in dem sogenannten Rambouillet-Abkommen auch von den europäischen Führungsmächten an Rechten für die Albaner im Kosovo vorgesehen gewesen war, als europäischer Standard auch den Kurden in der Türkei

zuteil wird.

Das geht ja nun teilweise sogar über das hinaus, was die, sagen wir einmal, Demokratiebewegung in der Türkei fordert. Dort gibt es ja auch Kräfte, die jetzt sagen, ihr müsst erst einmal wieder etwas tun in Europa und der Türkei einen Termin geben für den Beginn von Beitrittsverhandlungen, denn sonst bewegt sich ja nichts. Die türkische Regierung verlangt das ja auch und sagt, wir wollen endlich einen Termin um überhaupt eine Perspektive zu bekommen und damit unsere Reformen durchzusetzen.

Ich vertrete auch hier die Position, man muss sauber mit der Türkei umgehen, ohne die Probleme auszublenden.

Man kann sie nicht zum Beitrittskandidaten ernennen, das ist ja geschehen, und nicht gleichzeitig ernsthaft über den Beitritt reden.

Zum ernsthaften Reden über den Beitritt gehört natürlich auch, dass man darauf besteht, dass die inneren Verhältnisse in der Türkei demokratischen Anforderungen gerecht werden müssen.

Und das macht sich in weiten Teilen, nicht nur, aber eben in weiten Teilen an der kurdischen Frage fest. Deswegen muss die europäische Union über die kurdische Frage verhandeln.

Das heißt aber auch gleichzeitig, die kurdische Frage zu internationalisieren. Ich glaube sowieso, dass ohne eine Internationalisierung der kurdischen Frage kein vernünftiges Ergebnis zu erreichen ist.

Wolfgang Gehrcke ist außenpolitischer Sprecher der PDS im Bundestag, stellvertretender Vorsitzender der PDS-Fraktion und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.

Türkei und Europaparlament I

Fragen an Joost Lagendijk von Chris Den Hond

Die Kurden haben Ihre Feststellung, dass die PKK nicht auf die Liste der terroristischen Organisationen gehört sehr klar wahrgenommen. Andererseits setzt die Europäische Union in der selben Woche die PKK auf die Liste, während die PKK ihren Namen geändert hat, Waffenstillstand herrscht und nicht angreift, sondern angegriffen wird. Das ist nicht zu verstehen. Was ist denn nun Ihr tatsächlicher Verantwortungsbereich, wofür ist das Europa-Parlament zuständig? Ist es nicht die Europäische Kommission, die mehr Gewicht hat?

Unser Besuch hatte nicht das Ziel, zu verhindern, dass die PKK auf die Liste gesetzt wird.

Was wir als Parlament tun können, ist unsere Meinung in Bezug auf die HADEP deutlich machen (dass die HADEP erlaubt bleiben und nicht verboten werden darf.) Sollte HADEP verboten werden, dann bedeutet das einen großen Schritt zurück für die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union. Am Ende muss das Parlament ja oder nein sagen zu einer weiteren Annäherung zwischen der EU und der Türkei. [...]

Über die Liste terroristischer Organisationen ist im Parlament nie diskutiert worden. Wir können dazu unsere Meinung abgeben, aber im Parlament sind wir geteilter Meinung.

Ich persönlich glaube, dass die PKK aus verschiedenen Gründen nicht auf die Liste gehört.

Sie wird der Veränderung nicht gerecht, die sich seit drei Jahren innerhalb der PKK vollzieht.

Es ist gut, diejenigen Kräfte zu unterstüt-

zen, die ihre Waffen niederlegen wollen. Das tut man sicher nicht, indem man die PKK auf die Liste setzt. Der zweite Grund ist ein praktischer: Ich kann nicht so richtig erkennen, was das nun ändern soll. In vielen europäischen Ländern gibt es die PKK nicht unter dem Namen PKK. Will man nun auf einmal PKK-Sympathisanten angehen? Nicht doch. Ich sehe so keine praktischen Auswirkungen des Beschlusses. Konten blockieren? Selbst wenn es da Konten von der PKK gäbe, dann wären die jetzt wohl leer geräumt, denke ich.

Das ist ein wenig ein symbolischer Akt. Ich habe den türkischen Behörden gesagt: "Sie haben die Auseinandersetzung in diesem Punkt gewonnen. Aber ich finde es wichtiger, dass Sie die Auseinandersetzung um die Zukunft gewinnen. Und dann werden Sie mit den Kurden zusammenarbeiten müssen. Die können Sie nicht allesamt als Terroristen auf einen Haufen werfen." Ich finde es deshalb praktisch und politisch nicht vernünftig, die PKK auf die Liste zu setzen. [...]

Häufig wird der türkische Standpunkt in Europa deutlicher wahrgenommen als der kurdische. Sind solche Delegationen vor Ort wichtig zur Meinungsbildung?

Wir sind vor Ort gegangen, um von der HADEP selbst zu hören, was ihre Rolle ist und welche Beziehungen sie zur PKK hat. Die türkischen Behörden kommen da mit vielen Allgemeinheiten an, ohne harte Beweise und Fakten. Das wird durch die Tatsache gestärkt, dass alle Rechtssachen gegen die HADEP bisher nicht zu einer



Joost Lagendijk

Verurteilung geführt haben, dabei ging es allerdings nie um die Beziehung zwischen HADEP und PKK. Die meisten Fälle wurden abgewiesen. Diese Sachen bestätigen uns in der Meinung, dass die HADEP und die PKK nicht ein und dasselbe sind. Natürlich tun die türkischen Behörden ihr Bestes, um mich und meine Kollegen vom Gegenteil zu überzeugen. Und als es darum ging, die PKK auf die Liste zu setzen, gelang es der türkischen Regierung, ihre Absicht umzusetzen. Die Zustimmung war eine Vorleistung der EU, weil die Europäische Union die Mitwirkung der Türkei braucht, um das Zypernproblem zu lösen. Das ist eine heiße Kartoffel für die EU und muss gelöst werden. Ich denke, dass zuletzt auch die niederländische Regierung gedacht hat: Wenn wir die PKK auf die Liste setzen, dann wird das in Europa praktisch ohne Folgen sein, es ist ein Zeichen guten Willens in Richtung Türkei und als Gegen-

leistung muss die Türkei dann bei der Lösung der Zypernfrage mithelfen. Die EU hat die Mitwirkung der Türkei als NATO-Mitglied auch nötig zur Entsendung von Truppen nach Mazedonien. Das war meiner Meinung nach der Deal. Ich weiß das, ich habe es selbst erfahren, das die Folgen davon, dass die PKK auf der Liste ist, schlecht für die Kurden in der Türkei sind. In Europa sollten die Folgen allerdings minimal sein. Die Konten der PKK werden wohl inzwischen alle leer geräumt sein.

Wie ist Ihr Verhältnis zu Ihren Kollegen vom türkischen Parlament?

Ich war nicht sehr glücklich mit der einseitigen Hervorhebung meines Satzes: "Die PKK gehört nicht auf die Terroristenliste." Ich nehme diesen Satz auch nicht zurück, im Gegenteil, ich bekräftige ihn. In der Pressekonferenz habe ich aber auch noch einige andere Dinge gesagt, über die HADEP und über Verfassungsänderungen. [...]

Ich bin als Vorsitzender des Türkei-Ausschusses des Europaparlamentes Befürworter einer offenen kritischen Diskussion. Mein Gegenüber (in der gemeinsamen Parlamentariergruppe) ist Mitglied der MHP. Das sind nicht meine besten Freunde. Aber wir müssen die Diskussion führen. Es muss unterschiedliche Meinungen geben und sie müssen diskutiert werden können. Die Zusammenkünfte zwischen türkischem und europäischem Parlament sollen ja gerade einer offenen Diskussion dienen, und nicht um einander nur nach zu quatschen.

Joost Lagendijk ist Vorsitzender der Europäisch-Türkischen Kommission des Europäischen Parlaments. Er ist Europa-Abgeordneter der Grünen / Freie Europäische Allianz aus den Niederlanden.

Türkei und Europaparlament II

Fragen an Lennart Sacrédeus von Chris Den Hond

Was viele Kurden nicht verstehen ist folgendes: Die EU setzt die PKK auf ihre Terrorliste, während in der Zwischenzeit Joost Lagendijk als Leiter einer Delegation des Europaparlamentes erklärt, man hätte die PKK nicht auf die Liste setzen sollen. Ist das auch Ihre Meinung?

Nein. Hier hat sich Joost Lagendijk persönlich geäußert. Gleichzeitig wollen wir aber die schlechten Jahre für das kurdische Volk und die Türkei hinter uns lassen. Wir hoffen, dass es keine Gewalt mehr geben wird. Das ist die Grundlage für eine starke breite Unterstützung der kurdischen Sache durch viele Parteien im Europäischen Parlament. Wir wollen Freiheit für die Kurden im kulturellen, politischen und Bildungssystem. Es muss eine Zukunft für das kurdische Volk ohne Gewalt geben.

Die Kurden haben so viele Zugeständnisse gemacht in den letzten Jahren. Aber es gab nicht ein Zugeständnis seitens der Türkei. Was können sie von der Europäischen Union erhoffen?

So lange die Türkei ein Kandidat für die EU ist, muss sie sich im Bereich Menschenrechte enorm verbessern, nicht zuletzt was die Behandlung der Kurden und ihrer politischen und kulturellen Rechte angeht. Es gibt da auch noch die Frage der Armenier und Assyrer. Aber die große Minderheitspopulation in der Türkei sind die Kurden. Deren Frustration über die Jahre kann ich sehr gut verstehen. Sie sind das größte Volk der Welt ohne eigenes Land. Dafür haben wir keine schnelle oder leichte Lösung, aber ich



Lennart Sacrédeus

glaube, dass der Prozess der Beitrittsverhandlungen, der noch nicht begonnen hat, zeigen muss, ob die Türkei zu voller Demokratie bereit ist. Wenn die Türkei nicht bereit ist, den Kurden diese Rechte zu geben, dann wird sie natürlich nie Mitglied der Europäischen Union sein. Die türkischen Behörden sind sich dessen sehr bewusst. Das ist auch der Grund, warum die Haltung des türkischen Militärs so gemischt und geteilt ist.

Manche Europäer sagen: Die Gesetzgebung in der Türkei macht keine Fortschritte. Ist sie echt oder nur Kosmetik?

Es ist wahr, dass sie in die richtige Richtung geht. Aber es sind noch viel mehr Schritte nötig. Dies sind erst die ersten Anfangsschritte. Diese Schritte reichen noch nicht für die Türkei zur Aufnahme von Verhandlungen mit der EU. Im Augenblick kann ich noch keinen Zeit-

punkt sehen, an dem Verhandlungen beginnen könnten.

Welche Perspektiven sehen Sie in der kurdischen Frage, wird es dort in der nahen Zukunft eine Lösung geben?

Das kurdische Volk muss bereit sein, einen langen Weg zu gehen. Es ist eine lange Arbeit, politische und kulturelle Rechte zu bekommen. Gleichzeitig aber haben sie eine gerechte Sache. Sie sollen die Rechte bekommen, die jedes andere Volk auf dieser Welt bekommen hat. Bevor mit der Türkei Verhandlungen begonnen werden können,

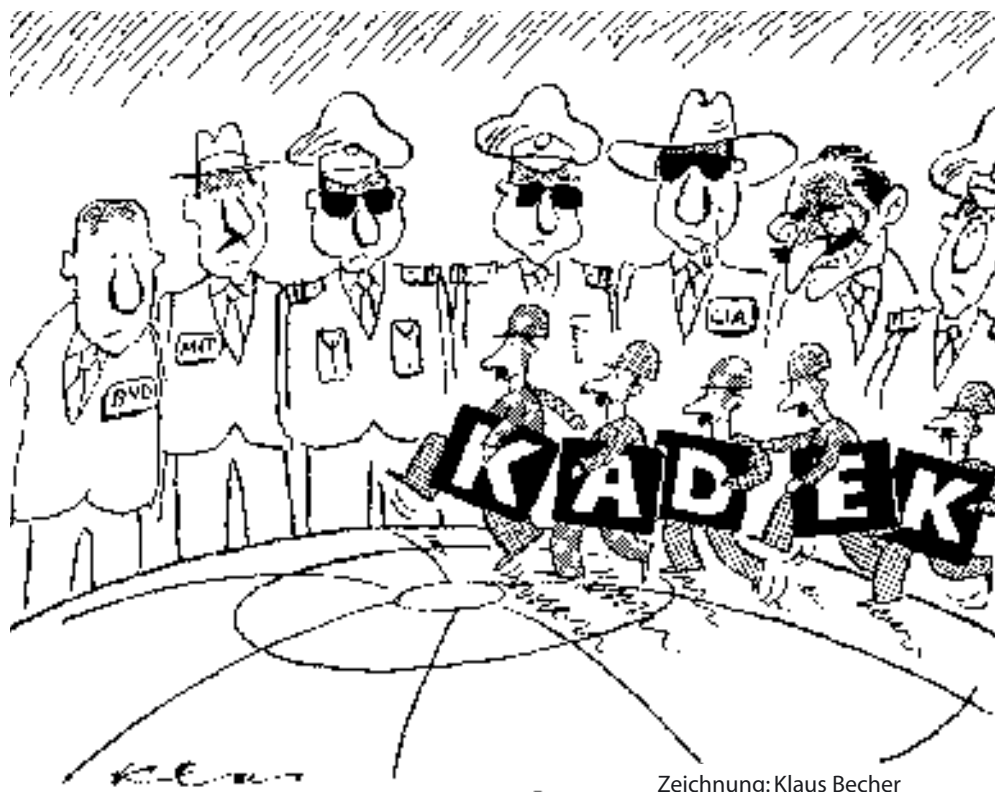
so lange nicht wahrgenommen und nicht als Volk mit eigener Sprache gesehen. Das ist für mich, der von einer kleinen schwedischen Volksgruppe kommt, eine Schlüsselfrage, bevor die Türkei der EU beitrifft.

Ist das die gemeinsame Auffassung in der christdemokratischen Gruppe?

Ich kann im Namen der ganzen christdemokratischen Gruppe sprechen. Wir fühlen uns den Menschenrechten sehr verpflichtet. Und die Menschenrechte gelten mit Sicherheit auch für das kurdische Volk.

Fortsetzung von der ersten Seite

Alain Calles (Präsident des MRAP, Frankreich), **Renée le Mignot** (stellv. Generalsekretärin des MRAP, Frankreich), **Mag. Walter Baier** (Vorsitzender der Kommunistischen Partei Österreichs), **Gianna Nannini** (Künstlerin, Italien), **Geraldine Chaplin** (Schauspieler, Madrid, Spanien), **Dietrich Kittner** (Satiriker, Schriftsteller, Kabarettist, Deutschland), **Jean-Jacques Kirkyacharian** (Repräsentant des MRAP bei der UNO, Frankreich), **David MacDowall** (Schriftsteller, Großbritannien), **Alice Walker** (Schriftstellerin, USA), **Franca Rame** (Autorin, Regisseurin, Schauspieler, Italien), **Chris Kutschera** (Schriftsteller, Frankreich), **Prof. Dr. Jean Ziegler** (Nationalrat und Publizist, Schweiz), **Dr. Diether Dehm** (ehm. Stellvertreter Vorsitzender der PDS, Deutschland), **Prof. Dr. Angela Davis** (University of California, Santa Cruz, USA), **Prof. Dr. Luigi Ferraioli** (Professor für Rechtsphilosophie, Italien), **Prof. Dr. Uwe Jens Heuer** (Professor für Rechtswissenschaften, Berlin, Deutschland), **Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr** (Komitee für Grundrechte und Demokratie, Deutschland), **Prof. Dr. Werner Ruf** (Völkerrechtler, Universität Kassel, Deutschland), **Prof. Dr. Norman Paech** (Völkerrechtler, Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Deutschland), **Prof. Dr. Gerhard Stuby** (Völkerrechtler, Universität Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch** (Rektor der Hochschule Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. Elmar Altvater** (Int. Lelio-Basso-Stiftung für die Rechte der Völker Deutschland), **Prof. Dr. Helmut Dahmer** (Professor für Soziologie, TU Darmstadt, Deutschland), **Prof. Jürgen Waller** (Rektor der Hochschule für Künste Bremen, Deutschland), **Hilarion Carpucci** (Erzbischof -syrisch-orthodox von Jerusalem), **Christine Blower** (ehem. Präsidentin der Lehrgewerkschaft (NUT), Großbritannien), **Ken Cameron** (Generalsekretär der Gewerkschaft der Feuerwehr - FBU-, Großbritannien), **Josep Lluís Carod Roura** (Vorsitzender der Republikanischen Linkspartei von Katalonien, Spanien), **Michael Feeney** † (Flüchtlingsberater von Kardinal Hume, Großbritannien), **Gareth Peirce** (Rechtsanwältin, Großbritannien), **Frances Webber** (Rechtsanwalt, Großbritannien), **Norbert Mattes** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland), **Yayla Mönch-Buçak** (Universität Oldenburg), **Mamoud Osman** (Kurdischer Politiker, Großbritannien), **Dr. Jutta Bauer** (Buchillustratorin, Deutschland), **Rolf Bekker** (Schauspieler, IG Medien, Deutschland), **Hans Branscheidt** (medico international / Appell von Hannover, Deutschland), **Dr. Rolf Gössner** (Rechtsanwalt, Publizist), **Günther Schwarberg** (Journalist, Deutschland), **Roland Ofteringer** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland)



Zeichnung: Klaus Becher

muss es eine Lösung in der Zypernfrage geben und wirkliche Verbesserungen für die Kurden, nicht zuletzt, was das Bildungswesen und die kurdische Sprache angeht. Den Reichtum der Türkei an so vielen Kulturen und Völkern sollte man als ein Gesamtpuzzle von Völkern sehen, die sich den türkischen Staat teilen. Das kurdische Volk wurde

Lennart Sacrédeus aus Schweden ist Abgeordneter der Gruppe der Christdemokraten in der Europäischen Volkspartei und Mitglied der Zyperngruppe des Parlamentes.